



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21631-39
Fernschreiber DBB6990

P/KII/33 - 8. Februar 1957

Hinweise

auf den Inhalt:

Zu Ollenhauers Rede im Hessischen Rundfunk	S. 1
Der Kahostkonflikt und die UNO	S. 4
Die Wiedergutmachung - Abtragung einer Hypothek	S. 6

Wiedervereinigung und Sicherheit

G.M. Die zentralen Probleme der deutschen Politik sind:

Wiedervereinigung und Sicherheit. Die jetzt noch antierende Bundesregierung lekt seit sieben Jahren von der Behauptung, diese beiden Probleme könnten nur auf dem Wege über die Aufrüstung der Bundesrepublik und deren Eingliederung in ein militärisches Bündnissystem gelöst werden, durch das im Falle eines Angriffs aus dem Osten die Sicherheit gewährleistet sei. Diese These ist nicht nur deshalb falsch, weil sie uns der Wiedervereinigung keinen Schritt näher gebracht hat, sondern auch weil ihre Praktizierung mit die Voraussetzung für das Wettwüsten des östlichen und westlichen Machtblocks bildet und die notwendige Entspannung zwischen Ost und West - und damit auch die Sicherheit der Deutschen in beider Teiler Deutschlands - gefährdet.

Die Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion haben am 31. Januar in der grossen Debatte über die Aussenpolitik der Regierung versucht, den Abgeordneten der Regierungsmehrheit diese durchaus nicht etwa schwer zu erkennende Konsequenz der Adenauer'schen Aussenpolitik begreiflich zu machen. Der Erfolg dieses Versuches blieb insofern fraglich, als besonders die CDU-Abgeordneten offenbar davon überzeugt sind, dass sie bei einiger Einsicht in die Richtigkeit der Argumente der Opposition ihre politische Existenz auf's Spiel setzen.

Deshalb hat der Oppositionsführer, Ollenhauer, am Donnerstagabend

im Hessischen Rundfunk noch einmal in gestraffter Form die Vorstellungen der Sozialdemokratie zur notwendigen Überwindung jener unhaltbaren Situation dargelegt, die sogar von zahlreichen Parteifreunden Adenauers als "der tote Punkt" in der Aussenpolitik der Regierung bezeichnet wird.

Die entscheidenden Merkmale der von Ollenhauer im Hessischen Rundfunk dargelegten Voraussetzungen für das von der Sozialdemokratie geforderte kollektive Sicherheitssystem, das die Militärblöcke ablösen soll, sind: die Zustimmung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zur Entlassung der beiden Teile Deutschlands aus den jetzt sich einander gegenüberstehenden Militärblöcken sowie die Bereitschaft des wiedervereinten Deutschlands, im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems einen militärischen Beitrag zu leisten.

Beide Merkmale dieses sozialdemokratischen Vorschlags, der ja ausserhalb der Bundesrepublik schon seit längerer Zeit Gegenstand der internationalen Deutschlanddiskussion ist, steuern zielbewusst die Politik der Ost-West-Entspannung, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Sicherheit des ganzen deutschen Volkes an.

Jetzt ist doch die Situation so: Weder der Westen noch der Osten will darauf verzichten, den von ihm besetzten Teil Deutschlands als militärisches Aufmarschgebiet in der möglichen Auseinandersetzung mit einem vermeintlichen Gegner aufzugeben. Sobald aber Moskau und Washington darin übereinstimmen, dass weder Teil Deutschlands noch das ganze Deutschland Bestandteil eines irgendwie gegen den anderen aufgebauten Machtblocks ist, fällt der Grund für die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands fort.

In Ollenhauers Vorschlag wird auch gesagt, dass ein kollektives Sicherheitssystem ausser dem wiedervereinten Deutschland auch seine Nachbarn im Westen und Osten umfassen soll. Diese Forderung deutet den Rahmen an, der ein kollektives Sicherheitssystem in Europa umschliessen müsste. Praktisch würde diese Konstruktion zu einer engen durch gegenseitige Verpflichtungen der Verhandlungspartner zum Nichtangriff untermauerter Verbindung zwischen dem wiedervereinten Deutschland und den an den Grenzen Deutschlands liegenden west- und osteuropäischen Staaten bedeuten.

Mit Zustimmung der beiden entscheidenden Weltmächte USA und

Sowjetunion und eingegliedert in ein System der freiwilligen Rüstungs-
begrenzung- und Kontrolle innerhalb des Vertragsgebietes, würde im
Herzen Europas eine Sicherheitszone entstehen, die nach menschlichem
Ermessen dem deutschen Volk selbstverständlich viel mehr Sicherheit
bieten könnte als die jetzige militärische Blockbildung, bei der die
eine Seite immer nur argwöhnisch das Tun der anderen Seite betrachtet.

Als die Sozialdemokratie vor Jahren zum ersten Mal den Begriff
des kollektiven Sicherheitssystems in Europa in die internationale
Deutschland-Diskussion einführte, erklärte die Bundesregierung, die
Opposition wolle die Deutschen "schutzlos sich selbst überlassen".
In der letzten grossen Bundestagsdebatte über die Aussenpolitik der
Regierung wagten deren Sprecher zwar nicht mehr, diese Behauptung zu
wiederholen, wichen jedoch einer ernsthaften Diskussion über den sozi-
aldemokratischen Vorschlag aus. Sie ignorierten ihn einfach und taten
so, als könnten sie ungestraft ihre bisherige Politik fortsetzen.

Diese Einstellung der Regierung ist gefährlich und den Interessen
Deutschlands und Europas abträglich. Zugegeben, man könnte an dem
sozialdemokratischen Vorschlag zur Überwindung der militärischen Block-
politik dieses oder jenes auszusetzen haben. Aber sich so zu verhalten,
als sei er keine Alternative zu der völlig sinnlosen Politik des
Ausspiels eines Teiles gegen den anderen Teil Deutschlands, ist ein-
fach verantwortungslos. Nur Politiker, die entschlossen sind, all ihr
Tun auf die Beibehaltung des unsere Nation spaltenden Ost-West-Konflik-
tes einzustellen, können kalt an dem Versuch vorübergehen, neue Wege
für ein fruchtbares Gespräch zur Wiedervereinigung Deutschlands und
damit zu einer wirklichen Sicherheit für das ganze deutsche Volk ein-
zuschlagen.

Es ist gut, dass Ollenheuer am Vorabend seiner Reise in die Ver-
einigten Staaten noch einmal unmissverständlich zum Ausdruck gebracht
hat, dass ein grosser Teil des deutschen Volkes eine andere als die
von Adenauer praktizierte Politik wünscht.

* * *

Der Kanzler in Labour-Sicht

Der unergründliche Dr. Adenauer malt ein Bild des unergründlichen
Dr. Adenauer. Um Deutschlands alten Kanzler rankt sich ein grosses
Fragezeichen.

Die Vorgänge in Osteuropa haben das deutsche Problem wieder ein-
mal in die vorderste Reihe der europäischen Politik gestellt.

Denn die nationalistischen Bewegungen in Polen und Ungarn sind kaum
geeignet, Ostdeutschland zu übergehen, und diese Tatsache könnte wohl
die Russen veranlassen, ihre Kontrolle über Ostdeutschland einzutauschen
wenn irgendetwas Wesentliches als Gegenleistung erbracht wird, mög-
licherweise etwa den Rückzug der NATO-Truppen zur französischen Grenze.

Aber wo steht Dr. Adenauer? Seine ganze Politik stützte sich auf
die Tatsache der engen militärischen, wirtschaftlichen und politischen
Bindungen zum Westen. Er hat wenige Anzeichen, wenn überhaupt, gezeigt,
die sich in Osteuropa neu entwickelnde Lage anzuerkennen. Im Falle
eines 4-Mächte-Übereinkommens über Deutschland könnte Adenauer in die
Lage versetzt werden, amerikanischer zu sein als die Amerikaner.

(Aus "Socialist Digest", herausgegeben von der Labour Party, Febr. 57)

* * *

Was wird Hamerskjöld tun ?

G.L., United Nations, New York
Anfang Februar

Von den vielen niederdrückenden Augenblicken, die man hier in den Beratungen der UNO seit Ende Oktober erlebte, war die Generalversammlungssitzung, die der Beschlussfassung der beiden Resolutionen über Israels Rückzug und die damit verbundenen Sicherheitsmassnahmen, die Israels Frieden und Ruhe gewährleisten sollten, vielleicht die traurigste. Denn in keiner anderen Beratung wurde mit so viel Zynismus und Resignation ein Beschluss gefasst, von dem selbst die Antragsteller nicht wussten, was er in Wahrheit bedeute. Der Sinn der in langen Verhandlungen und wiederholten Krisen formulierten Massnahmen sollte sein, ein bescheidenes Mass von Sicherheit in Palästina herzustellen und nicht wieder jenen labilen, von Kriegsgefahren überschatteten Zustand wiederkehren zu lassen, in dem Ägypten eine See- und Kanalkblockade gegenüber Israel aufrechterhielt und vom Gaza-Streifen aus Überfälle in die Zentren Israels unternehmen konnte.

Aber die diplomatischen und völkerrechtlichen Fragen waren inzwischen so kompliziert worden, dass über jede einzelne der in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Fragen Unklarheit herrschte. Und was das Entscheidende war, Ägypten beharrte auf seinem Schein und verlangte den bedingungslosen Rückzug der Israel-Truppen. Die Vereinigten Staaten teilten diesen Standpunkt nicht und waren der Meinung, dass Israel zwar in seine alten Grenzen hinter den künstlichen Waffenstillstandslinien von 1949 zurückgehen müsse, aber dass die UNO-Truppen sowohl in den Gaza- und den Akaba-Golf-Streifen einrücken sollten, um den Frieden zu sichern. Die Vereinigten Staaten sahen jedoch keine "parlamentarische Möglichkeit", eine solche klare Resolution in der Generalversammlung durchzubringen. Und darum wurde tage- und nächtelang verhandelt. Der kanadische Aussenminister Lester Pearson, der sich in den kritischen Novembertagen als der diplomatische und politische Führer in der Generalversammlung erwiesen hatte, konnte sich mit den Vereinigten Staaten nicht einigen: Pearson gab auf und zog sich zurück.

Kunst der Auslegung

Und nun setzte in der Generalversammlung jenes bedauerliche Spiel mit verschiedenartigen Interpretationen der Resolution ein, das nur allzu deutlich enthüllte, dass hinter der Resolution kein gemeinsamer Wille stand.

Botschafter Lodge der USA erklärte, dass auf Grund dieser Resolution die UNO-Truppen in den Golf von Akaba einrücken, um dort die Wiederkehr der Blockade, zu der Ägypten nach eindeutigen Äusserungen der USA nicht berechtigt war, zu verhindern. Aber Krishna Menon, der infolge seiner unglückseligen Art eine Art "enfant terrible" der UNO geworden ist, stand auf, und versuchte, all diese Rechte aus der Resolution hinweg zu interpretieren. Offenbar ermutigt durch die Haltung der USA legte der ägyptische Aussenminister seine Bedingungen

nieder; sie enthielten auch nicht die Andeutung irgendwelcher Kompromissbereitschaft in den Beziehungen Ägyptens zu Israel, ja im Gegenteil einen klaren Hinweis darauf, dass Ägypten keine der Grundlagen aufgeben wolle, die vor dem 29. Oktober als Sprungbrett für die Aktionen gegen Israel gedient hatten. Und als nun der Vertreter Iraks von Indien und den Vereinigten Staaten forderte, dass sie sich zu Ägyptens Forderungen äussern sollten, stimmte Kammun Ägypten zu - und die USA weigerte sich, irgendeine Erklärung abzugeben. Worauf einige Stunden später beide Resolutionen beschlossen wurden.

Was bedeuten die Vollmachten ?

Aus all diesen Elementen setzt sich nun eine Situation zusammen, in der Generalsekretär Hamarskjöld Machtvollkommenheiten hat, deren Umfang nicht klar, deren Inhalt unbestimmt, deren Anwendung aber für den Frieden im Nahen Osten mehr Bedeutung hat als irgendeine der Aktionen, die der Generalsekretär seit Anfang November traf, so bedeutsam sie auch waren.

Diese eigenartige Lage, in der alles dem diplomatischen Geschick des Generalsekretärs der UNO überlassen ist, stellt das Ergebnis einer Entwicklung der Weltorganisation dar, die in der Lähmung des Sicherheitsrates infolge des Vetos der fünf Grossmächte, vor allem infolge des steten Gebrauches des russischen Einspruches rechtes zum Zweck der Obstruktion jeder positiven Lösung bestand. Aber nachdem der Sicherheitsrat sich infolge des Veto-Rechts aus der internationalen Diplomatie so gut wie ausgeschaltet hat, ist nun die Generalversammlung einen ähnlichen Weg gegangen. In ihr gibt es zwar kein Einspruchsrecht, aber da zur Annahme von sachlichen Beschlüssen und Resolutionen Zweidrittelmehrheit notwendig ist, gibt es verschiedene potentielle Vetos. Eines ist eine Kombination der Afro-Asiaten, deren Zahl durch die Neuaufnahme von Mitgliedern im Dezember 1955 ausserordentlich vermehrt wurde, mit dem Sowjetblock, der ebenfalls verstärkt wurde. Ein anderes mögliches Veto wird von den Nord- und Südamerikanern, wiederum ein anderes von den Europäern und den Südamerikanern infolge ihrer Stimmenzahl ausgeübt.

Hamarskjöld im Vordergrund

Und so ist nun der dritte Faktor, den es in der UNO gibt, der Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Organ der Generalversammlung und als Chef der UNO-Administration der stärkste Faktor geworden. Die Macht, die eine in jedem Punkt unstrittene und vor ihrer Beschlussfassung schon verschieden ausgelegte Entschliessung einem geschickten und ehrlich um den Frieden bemühten Unterhändler in die Hand gibt, ist zugleich weit und eng. Denn Hamarskjöld kann keiner der beiden Parteien eine Lösung aufzwingen. Er hat selbst in seinen Berichten an die Generalversammlung sovielt Wenn und Aber und sovielt Zweifel über jeden Aspekt der Rechtslage eingeschaltet, dass der komplizierte Fall nun noch viel komplizierter geworden ist.

Wie ein parlamentarischer Ministerpräsident ?

Hamarskjöld kann also keine einfache Lösung finden und jede der

beiden Parteien wird dies zu diplomatischen Manövern ausnutzen. Aber worauf es den Amerikanern bei der Übertragung der Entscheidungsgewalt an den Generalsekretär vor allem ankam - und sie waren es vor allem, die diesen Entschluss beeinflussten - war die Verlegung der Entscheidungen von der Generalversammlung mit den unberechenbaren Einflüssen so vieler entgegengesetzter Faktoren in das Büro des Generalsekretärs, der in den letzten Monaten immer enger und immer erfolgreicher mit den Vereinigten Staaten kooperiert hat.

Denn alle Entscheidungen, die Hamarskjöld in den letzten Monaten traf, waren im Einvernehmen mit den Amerikanern. Nur dass der Generalsekretär mit feinem diplomatischen Geschick es verstand, so zu entscheiden, dass er nicht allein auf die Unterstützung der Amerikaner angewiesen war, sondern in allen kritischen Situationen im Nahen Osten auf die mehr oder weniger wohlwollende Hilfe Indiens und auf die unwillige, aber doch bei Abstimmungen verfügbare Zustimmung Russlands rechnen konnte. Dies mag auch die Tatsache erklären, dass er viele Fragen zugunsten Ägyptens entschied oder zumindest ägyptischen Forderungen nicht jenen Widerstand entgegensetzte, den viele gewünscht hätten. Beinahe wie ein parlamentarischer Ministerpräsident, der auch auf die Opposition, aber jedenfalls auf die Mehrheit in allen ihren grotesken Zusammensetzungen Rücksicht nehmen muss, hat Hamarskjöld mit Strömungen und Gegenströmungen in seinem "Parlament", der Generalversammlung, zu rechnen. Vielleicht hat er sich als ein zu guter Rechenmeister erwiesen.

Aber seine Politik einer manchmal etwas unsicheren Balance der Waagschale der Weltgerechtigkeit wäre nicht möglich gewesen und hätte auch in Zukunft kaum Aussicht, sich durchzusetzen, wenn Hamarskjöld nicht die stabilisierenden Einflüsse hinter sich hätte, die in der amerikanischen Politik, vor allem in der politischen und wirtschaftlichen Macht der USA gelegen sind. Darin liegt auch die Antwort auf die Frage, was der UNO-Generalsekretär, einer der klügsten Diplomaten dieser an Diplomaten so armen Zeit, tun kann und tun wird, um die Macht auszuüben, die in seine Hände gelegt wurde.

+ + +

Die Wiedergutmachung - Abtragung einer Hypothek

Der Berliner Senator für Inneres, Joachim Lipschitz, hat vor in London lebenden Opfern des Nationalsozialismus das Gesetz über die Wiedergutmachung erläutert. Ähnliche Vorträge werden auch in anderen europäischen Hauptstädten wie auch in NewYork erfolgen. Sie entsprechen einer Notwendigkeit. Wir lesen darüber in der Schweizer "Volksstimme".

F.L.B. Einige Hunderte aus Deutschland stammende Verfolgte des Nationalsozialismus füllten den grossen Saal des Quäker-Hauses in London, um den Berliner Senator Joachim Lipschitz zu hören; die ehemaligen Berliner stellten begreiflicherweise das Hauptkontingent. Das

Wagnis, vor einem Kreis von Menschen, denen in der Heimat so übel mitgespielt worden war, über das sie persönlich wesentlich berührende Problem der Wiedergutmachung zu sprechen, ist geglückt - dank dem Freimuth des Redners, dem es gelang, selbst die Mißtrauischsten von seinem guten Willen zu überzeugen. Seine Bemühungen, die Wiedergutmachungsgesetzgebung in seinem Amtsbereich energisch zu verwirklichen, gereichen ihm und der Berliner Sozialdemokratie zu Ehre. Gerade weil er sich als zuverlässiger Vorkämpfer der Gerechtigkeit für die Opfer der Verfolgung bewährt hat, konnte er seinen Zuhörern auch einige unpopuläre Wahrheiten sagen. Er verstand es, über den unmittelbaren Fragenkomplex hinaus das Problem der Wiedergutmachung ins Grundsätzliche zu rücken: als eine Abtragung der Hypothek, mit der Deutschlands Ehre durch die Verbrechen des Nationalsozialismus belastet ist.

In England ist man, wie anderswo, geneigt, über die Schrecken der Nazizeit den Mantel des Vergessens zu breiten. Hier und da wird aber doch versucht, die Erinnerung und das Gewissen der britischen Öffentlichkeit aufzurütteln. Gerald Reitlinger liess seinen vor einigen Jahren veröffentlichten Buch über "Die Endlösung" vor kurzem eine ausführliche Studie über die SS folgen, die bezeichnenderweise den Untertitel "Alibi einer Nation" trägt. Nichts hat bei Engländern, die sich ernsthaft mit deutscher Fragen befassen, grösseres Unbehagen erregt, als Versuche, die Verantwortlichkeit für das Geschehen auf einzelne Bösewichte abzuschieben. Männer wie Lipschitz, die die Verpflichtung zur Wiedergutmachung anerkennen, ernten für sich selbst und für das "andere Deutschland" echten Respekt. Man wünschte, dass die britische Presse von den Vorgängen im deutschen politischen und sozialen Leben gründlicher und regelmässiger Notiz nähme. Nur einige seriöse Zeitungen (allen voran der "Manchester Guardian") zeigen hierfür Interesse und Verständnis. Eine eigenartige Vorstellung vom deutschen Nachkriegsleben wird wohl das Publikum gewonnen haben, dem im Theater von Richmond, der freundlichen Stadt an Rande Gross-Londons, ein Stück vorgespielt wurde, in dem das Hakenkreuz verehrt und das Horst-Wassel-Lied in der Originalsprache gesungen wurde. Seine zweifelhafte Heldin ist eine begnadigte Kazi-Verbrocherin, für die wohl die bestialische Ilse Koch Modell gestanden hat. Der künstlerische und politische Wert dieses Schauspiels ist fragwürdig: aber es brachte

immerhin einigen Tausenden Engländern zum Bewusstsein, welches Elend die braune Zeit für Millionen bedeutete. Es führte auch an das Problem der unbekehrten und renelosen Gläubigen an den Führer und sein Tausendjähriges Reich.

Wie notwendig es ist, selbst elementare Tatsachen immer wieder auszusprechen, zeigt ein kleines Erlebnis einer Emigrantin, deren Mann im Konzentrationslager ermordet worden war. Sie wurde von einer jungen Arbeitskollegin gefragt, warum sie keinen Ehering trage. Auf ihre ironische Antwort: "Den hat mit mein Freund Hitler weggenommen", kam die erstaunliche Gegenfrage: "Und das hat Ihr Mann zugelassen?" Die Naivität der Fragestellerin ist entwaffnend, aber auch belehrend. Denn es schon heute Menschen gibt, denen der Name Hitler nichts sagt, so wird es später noch viel schwieriger sein, jungen Generationen begreiflich zu machen, was der Nationalsozialismus bedeutet. Daher sind diejenigen, die bemüht sind, auch in England die moralischen und politischen Lehren aus der Vergangenheit vor dem Vergessen zu bewahren, dem Berliner Sozialisten Lipschitz für seine mutige Londoner Mission zu Dank verpflichtet.

+ + +

Kurzschluss

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich in seiner Freitag - Pressekonferenz einen Kurzschluss geleistet, der zahlreichen Journalisten ein zwar höfliches aber doch mitleidiges Lächeln entlockte. Auf die Frage, wie er seine in der letzten Berliner Rede zum Ausdruck gebrachte Auffassung rechtfertigte, man stehe vor einer Wende in der Weltpolitik, meinte der Bundeskanzler u.a., die Gleichwertigkeit der atomaren Rüstung der grossen Gegner Sowjetunion und USA zwingt schliesslich zu einer Verständigung. Nicht zuletzt darauf beruhe seine, des Bundeskanzlers, Überzeugung, dass die Weltpolitik vor einer Wende stehe.

Gefragt, was er von dem Vorschlag halte, den der Oppositionsführer Ollenauer am Donnerstag Abend im Hessischen Rundfunk in Bezug auf das europäische Sicherheitssystem gemacht habe, gab der Bundeskanzler eine mehr als ausweichende Antwort. Der Vorschlag Ollenauers sei nur dann diskussionswürdig, wenn vorher bei den internationalen Verhandlungen über die atomare Abrüstung ein Erfolg festgestellt werden könnte. Grundlage jeder Entspannung müsse die atomare Abrüstung sein.

Ein Journalist glaubte, einen Widerspruch zwischen der zuerst und später skizzierten Äusserung des Bundeskanzlers feststellen zu können. Darauf der Kanzler: "Ihre Frage habe ich nicht verstanden". Der Journalist wiederholt und präzisiert seine Frage. Der Kanzler bleibt dabei, er könne keinen Widerspruch entdecken.

Die Pressekonferenz war gleich darauf zu Ende. Die meisten Journalisten verliessen ratlos den Raum. Nur eines schienen sie begriffen zu haben: nämlich, dass der Kanzler dieser Situation nicht gewachsen war.

+ + +